

MICHEL, JAN UND VACLAV SIND (NOCH) SCHWIERIGE NACHBARN

BEMERKUNGEN ZU DEUTSCH-POLNISCH-TSCHECHISCHER "BEFINDLICHKEIT"

Wie sind Deutsche?

In Prag ist zum Jahresbeginn 1996 ein Mann gescheitert, in Athen ist zum selben Zeitpunkt ein anderer Mann zu einer glänzenden Karriere angetreten - beide unter identischen Auspizien: In Prag mußte der Deutsche Gerd Albrecht seinen Posten als Chef der Tschechischen Philharmonie aufgeben, weil er als "präziser und kalter Deutscher" untragbar erschien. In Athen ist alle Welt überzeugt, daß Kostas Simitis als neuer Premier die desolate Lage Griechenlands beheben kann, weil er als "German-educated lawyer and economist", "known as the 'German' in the ruling Pasok party", dafür offenkundig die besten Voraussetzungen mitbringt. Mehr noch: Während in Prag der "präzise" deutsche Dirigent Probleme bekam, machte in Polen "Seat Volkswagen Group" für ihre Autos mit dem Slogan "Niemiecka Precyzja" (Deutsche Präzision) Werbung. In Deutschland selber hätten die VW-Manager vermutlich eine solche Werbung nicht gewagt (oder nicht wagen dürfen) - in Polen erwarteten sie von ihr ein positives Image für das eigene Produkt: deutsch = präzise = gut!

Seit Jahrhunderten werden den Deutschen gewisse Eigenschaften kollektiv zugeschrieben: fleißig, ordentlich, sparsam, wirtschaftlich, diszipliniert etc. Fast ebenso lange rätselt man darüber, ob diese "typisch deutschen" Eigenschaften gut oder schlecht sind: Haben deutscher Fleiß, Ordnung, Disziplin etc. die zu Zeiten aggressive, imperialistische Politik Deutschlands begünstigt, ja sie überhaupt erst möglich gemacht? Mit dieser deutschen Politik der Vergangenheit haben Griechen wie Tschechen früher die allerschlechtesten Erfahrungen gemacht, aber im konkreten Fall reagieren beide gegenwärtig diametral anders: Was Albrecht zum Abgang aus Prag zwang, verschaffte Simitis einen glänzenden Einzug in Athen.

Den Schaden aus der nationalistischen Hysterie um Gerd Albrecht hat die tschechische Führung, wie man auch an Details ersehen kann. Da kam am 19. Januar 1996 der tschechische Premier Václav Klaus nach Bonn, und der Kanzler wollte ihn nicht treffen - aus "terminlichen Gründen". Eher war es wohl ein Affront mit gutem "Timing", der dem Tschechen zeigen sollte, daß Bonn mit Prag weiter nichts zu bereden habe, solange nicht auszumachen ist, wo offizielle Kooperationsbereitschaft endet und anonymer Populismus beginnt. Da veröffentlichte eine große Berliner Tageszeitung eine kurze Meldung, daß sie ein "Gespräch" mit Präsident Havel geführt habe - welches europäische Blatt hätte das wohl noch vor ein paar Monaten gewagt, mit Václav Havel ein Gespräch zu führen und dieses nicht im vollen Wortlaut zu veröffentlichen? Zudem zitierte das Blatt Havel gerade mit den Aussagen, die in einem weiteren Sinne unzutreffend waren: Der Dirigent habe diese und jene Fehler gemacht, aber "mit Albrechts Deutschtum hat es allerdings absolut nichts zu tun". Zu eben dieser Äußerung bemerkte der Hamburger "Spiegel": "Havel verlautbarte, mit dem 'Deutschtum' Albrechts hätten die Turbulenzen nichts zu tun (falsch), wohl aber mit dem von ihm zu verantwortenden 'Zustand des Verfalls' im Ensemble (kaum richtig)".

Gerd Albrecht ist allein an seinem "Deutschtum" gescheitert - was zwar nie ein Prager Politiker einräumen wird, was aber die (fast) einhellige Ansicht der Prager *vox populi* ist. Der Dirigent kannte diese allgemeine Einstellung zu ihm und fühlte sich ihr gegenüber absolut machtlos: "In der ganzen Welt hält man mich für einen Experten slawischer Musik. Nicht nur der von Dvorák und Janáček, sondern auch von Mussorgski und Tschaikowski. Aber hier in Prag wiederholen einige Leute ständig: das ist ein allzu kalter und akademischer Deutscher".

Zähneknirschend mit Deutschland?

Dieser Umstand, daß ein Künstler durch anonyme Stereotypen zu seiner Nationalität von seinem Posten "weggegrault" wird, ist der einzige interessante Aspekt an der ganzen Affäre. Insgesamt könnte man sie wohl als Bagatelle ansehen - die in einer weiteren Sicht geradezu als Beleg dafür dienen könnte, daß es zwischen Tschechen und Deutschen keine wirklichen *Konflikte* mehr gibt (andernfalls wären die Musiker des "nationalen Kleinods" Philharmonie nie auf die Idee gekommen, einen *Deutschen* zu ihrem Chef zu erwählen): Die Tschechische Republik ist eine Art osteuropäisches "Lieblingskind" der EU; sie will Mitglied von EU und NATO werden, Deutschland soll und will ihr dabei helfen; sie hat im Jahre 1995 eine wirtschaftliche und soziale Stabilität erreicht, von der andere postkommunistische Länder kaum zu träumen wagen; Nordböhmen, Sachsen und Bayern praktizieren im

Rahmen der "Euregio Egrensis" seit Jahren eine hervorragende grenzüberschreitende Kooperation; Tschechen und Deutsche kommen zusammen, um in Dialog und gemeinsamer Arbeit dunkle Punkte der Vergangenheit aufzuarbeiten - was kann angesichts so vieler hoffnungsvoller Entwicklungen eine Lappalie wie die um den deutschen Dirigenten überhaupt anrichten? Vermutlich nur wenig. Zeitgleich zum "Fall Albrecht" kündigte der tschechische Außenminister Josef Zieleske (*1946) die "Anmeldung" (přihláška) der Tschechischen Republik für die EU an, während, wie erwähnt, der deutsche Bundeskanzler den in Bonn weilenden Regierungschef nicht einmal sehen wollte. Hätte Kohl wohl nicht doch Zeit für Klaus gefunden, wenn nicht alle Gazetten Meldungen und Berichte zum "Fall Albrecht" enthielten? Immerhin ließ sich Klaus dadurch nicht davon abhalten, am 22. Januar 1996 nach Rom zu reisen, um Lamberto Dini, dem (amtierenden) Premier Italiens, das die EU-Präsidentschaft innehat, die tschechische Anmeldung zur Union zu übergeben - womit Prag den "ersten prozeduralen Schritt zur Mitgliedschaft" tat, nämlich "auf dem Wege in die Gruppierung westlicher Staaten, zu denen Böhmen und Mähren traditionell gehören". Die bloße Tatsache dieser "Anmeldung" zeigt, daß man in Prag keinerlei "Störfeuer" aus Bonn befürchtet, denn natürlich wurde dieser Schritt im detailliertesten Wissen um die starke Position Deutschlands in der EU getan, vor allem des "gegenwärtigen deutschen Kanzlers, der allgemein als die einzige europäische Persönlichkeit gilt, die in der EU ihre Vorstellungen durchsetzen kann". In Prag gilt eben noch die einfache und zutreffende Berechnung, die Anfang 1995 Außenminister Josef Zieleniec aufstellte: Viele möchten in die EU, wenige sind für sie vorbereitet, "schon gar nicht in dem Maße, in dem wir es sind". Und wenn Prag Helmut Kohls "Worte als offenkundiges und positives Signal seitens der EU auffassen" will, dann folgt daraus, wen man an der Moldau als bedeutsamsten Fürsprecher eigener Europawünsche ansieht.

Der "Fall Albrecht" und die ihn begleitenden ungezählten kleineren oder größeren atmosphärischen Störungen im bilateralen Verhältnis, ärgerliche Bagatellen allesamt, sind die eine Seite - ein exemplarisch gutes Verhältnis in Politik und Wirtschaft im zwischenstaatlichen Bereich ist die andere Seite deutsch-tschechischer Gegenwart. Was wiegt mehr? Sind Tschechen und Deutsche dabei, ihre beiderseitige Bereitschaft zu Kooperation und Miteinander durch Nebensächlichkeiten und durch die gerade in bilateralen Fragen notorische "Aufgeregtheit" (rozčilení) zu gefährden?

Argumente und "Argumente"

Ganz gewiß nicht! Die "Aufgeregtheit" ist nur eine - die kleinere und temporäre - Seite gegenwärtigen deutsch-tschechischen Wortwechsels. Auf der anderen Seite steht eine begeisterte Vielzahl souveräner Aussagen, Analysen und Dokumentationen, die gerade zu den neuralgischsten Phasen des deutsch-tschechischen Verhältnisses kaum einen Wunsch nach Aufklärung offenlassen. Zwischen Politikern gibt es im Grundsätzlichen überhaupt keine Unterschiede - beispielsweise bezeichnete sich der tschechische Premier Václav Klaus 1993 in seinem Streben nach "Europa" in schönster Offenheit als einen Bewunderer und Nachfolger Konrad Adenauers.

Es ist wohl auch ein Zeichen von Pluralismus, wenn neben solchen Aussagen andere stehen, die eher eines gewissen Unterhaltungswertes wegen zur Kenntnis genommen werden sollten. Da verstieg sich z.B. der liberale Historiker Dusan Trestík (*1933) zu einem total verunglückten "Rettungsversuch" in der Affäre Albrecht: Die Tschechen sind nicht xenophob, sondern "nervös und überempfindlich"; nervös sind sie "nicht gegenüber Fremden, sondern gegenüber Deutschen"; das aber ist kein "ererbter antideutscher Komplex", sondern "das jüngere und völlig legitime Trauma von München"; weil die Deutschen nicht die Gültigkeit des Münchner Abkommens von Anfang an einräumen wollen, vermitteln sie den Tschechen den Eindruck, daß sie in einem Staat leben, "dessen Rechtsordnung der mächtige Nachbar jederzeit in Zweifel ziehen kann". Kurz: "Die ehrenwerte tschechische Gesellschaft wird nicht von Herrn Albrecht nervös gemacht, sondern durch Kanzler Kohl".

Sind das "Argumente" - oder Griffe nach dem populistischen "Strohalm" in Momenten der Argumentationsarmut? Vermutlich nicht zum geringsten Teil letzteres, denn solche Widersinnigkeiten tauchen häufig dann auf, wenn sachlich zwar gar nichts für sie spricht, von ihnen aber ein gewisser "Appell" ausgehen könnte, der die Hörer für den Sprecher einnahme. So etwas ist jedoch kein tschechisches Spezifikum: Im polnischen Wahlkampf 1995 rutschte Präsident Walesa in einem aufgezeichneten Interview der Satz heraus, falls sich Polens Beitritt zu EU und NATO verzögere, "werde die deutsche Minderheit womöglich die Angliederung Schlesiens an Deutschland fordern". Eine lachhafte Spekulation - was Walesa wohl als erstem bewußt wurde: Er forderte die Streichung dieses Satzes, und - als Interviewpartnerin Monika Olejnik ablehnte - verbot er die Ausstrahlung des ganzen Interviews.

Wen hat es in Deutschland noch Ende 1995 gekümmert, daß Bonn und Prag um eine gemeinsame "Deklaration" verhandeln? Ein paar Wochen später war diese Deklaration in allen deutschen Medien präsent - nachdem Außenminister Zieleniec *ohne* fertige Deklaration aus Bonn zurückkehrte, "in Prag die deutsche Seite ungewöhnlich scharf angriff, sie stelle eine neue Forderung", wohingegen Premier Klaus "keine neue Forderungen" erkannte, wozu noch mehrdeutige Äußerungen des deutschen Außenministers Kinkel und des tschechischen Botschafters Grusa kamen usw. Und das alles geschah vor dem Hintergrund von Klaus' unwidersprochener Feststellung, "daß die ökonomischen, die zwischenmenschlichen und die anderen Beziehungen mit Deutschland gut sind". Wozu also noch eine förmliche "Deklaration", zumal die Öffentlichkeit nicht recht wußte oder erfuhr, was der Inhalt sein sollte, worum man sich bei den Verhandlungen so endlos mühte.

"Es geht überhaupt nicht", erläuterte der Historiker Dusan Trestík in einer sehr gedankentiefen Analyse, "oder höchstens ganz entfernt und indirekt um eine Aussöhnung (smíření) der Völker, der Tschechen und der Deutschen. Wer das Gegenteil behauptet, übersieht absichtlich oder unabsichtlich eine augenfällige, heute und tagtäglich vom Leben bekräftigte Realität, die die absolut normalen Beziehungen zwischen beiden Völkern bezeugt (worauf besonders Václav Klaus zu Recht verweist), sie bringen völlig divergente Dinge durcheinander. Falls es hier noch etwas zu versöhnen gibt, dann wird es binnen kurzem durch die einfache menschliche Sterblichkeit so gelöst, daß die abtreten, die vergangene Untaten noch schmerzen". Deutsche und Tschechen glauben, nochmals verhandeln zu müssen, weil der vor einigen Jahren geschlossene deutsch-tschechische Nachbarschaftsvertrag einige Rechts- und Besitzfragen bewußt ausgeklammert hatte. Diese Fragen will oder kann man jetzt auch nicht lösen, also will man sie gegeneinander aufrechnen - oder "auspokern", wie Trestík ironisch meinte. Die deutsche Seite hat die "Besitz- und anderen Ansprüche der Sudetendeutschen" als ihr Blatt im Spiel, die tschechische den "Anspruch tschechischer Nazi-Opfer auf Entschädigung", eventuell noch die "Frage eines Friedensvertrages mit Deutschland (den gibt es nämlich nicht) und der Kriegsreparationen (die Deutschland nicht gezahlt hat und nicht zahlt)".

Deutschland (so Trestík weiter) strebt ein vereintes Europa an, das etwa "nach dem Muster der föderativen Ordnung der deutschen Republik" gestaltet ist, und diese Vorstellung geht weiter als die "gaulistischen" Konzeptionen Frankreichs und der "latente Euroskeptizismus" Englands. Aber die deutsche Vorstellung entspricht tschechischen Wünschen, und darum "haben wir also ein gemeinsames Interesse" und "müssen zueinander Vertrauen haben". Ein gedankliches Durchspielen "aller Eventualitäten ist kein Malen eines nicht existierenden Teufels an die Wand, sondern die selbstverständliche Pflicht von Václav Klaus, Václav Havel und Josef Zieleniec".

Dieser sachlichen und angemessenen Einstellung, die auch die der Prager Führung ist, steht eine andere Konzeption gegenüber, die in den Medien wachsenden Raum beansprucht: "Ein bißchen tragikomisch" nannte im April 1995 die Prager Wochenzeitung "Respekt" Ansichten, die ein Mitarbeiter des Philosophischen Instituts der Akademie der Wissenschaften ausbreitete: Das wiedervereinigte Deutschland ähnelt einem Menschen, der sich nur solange gut benimmt, wie er sich beobachtet weiß - hört die Beobachtung auf, kehrt er zu seiner eigentlichen Natur zurück. Deutschlands wahre Natur zeigte sich 1995 beim Gedenken an das Ende des Weltkriegs vor 50 Jahren, "bei dem die Tschechoslowakei, ungeachtet der Meinung heutiger politischer Analphabeten, zu den siegreichen Demokratien gehörte". Jetzt aber erfolgt eine besondere "Konkretisierung des deutschen Europäertums im Verhältnis zur Tschechischen Republik, im Unterschied zu Polen: entweder werdet ihr entgegenkommend zu denen sein, die eine Revision der Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs fordern, oder ihr gehört nicht zum neuen Europa". Deutschland ist also ein Erpresser, dessen Motive auf der Hand liegen: "Deutschland wünscht im Verhältnis zur Tschechischen Republik (...), den Ausgang des Zweiten Weltkriegs so zu korrigieren, daß es in einem moralisch günstigeren Licht erschiene, als es der Wirklichkeit entspricht. (...) Deutschlands Verhalten gegenüber dem angeblich bedeutungslosen Nachbarn - der zu denen gehörte, dessen Sieg im schlimmsten Krieg unseres zu Ende gehenden Jahrhunderts wir in diesem Jahr zu Recht gedachten - ist im gesamteuropäischen und weltweiten Maßstab alarmierend". Deutschlands "Europäertum" ist also nichts anderes "als eine Reprise dessen, womit alles begonnen hat und wogegen sich Westeuropa seit Kriegsende zu vereinigen sucht", nämlich Zwang und Erpressung gegen wehrlose Kleine. Dagegen muß die Tschechische Republik mit der "sachlichen Sprache eines selbstbewußten Siegers des Zweiten Weltkriegs" auftreten. Soweit der tschechische Kommentator - der offensichtlich keine einzige Entwicklung in Deutschland und in Westeuropa während der letzten fünfzig Jahre mitbekommen hat: Wer Deutschland so empfindet und schildert, unterschätzt zugleich die Urteilsfähigkeit der internationalen Gemeinschaft, die ein nach dem Zweiten Weltkrieg demokratisch gewandeltes Deutschland als Partner akzeptiert hat. Andere Kommentare in Prag sind da weit zeitgemäßer: Der Westen hat 1995 keines "Sieges" gedacht, sondern des Friedens;

der ehemalige Kriegsgegner Deutschland gehört längst zu einer Koalition mit den ehemaligen Siegern, während die Tschechische Republik keine Neigung zeigt, mit ihren ehemaligen "Verbündeten im Osten" engere Kontakte einzugehen; "dennoch überwiegt bei uns die Einstellung gegenüber Deutschland aus einer Position der Stärke heraus".

Ist Deutschland eine "Großmacht" oder ein "Kriegsverlierer"? Stellt Deutschland "Besitzforderungen" an die Tschechische Republik, stellt es diese unter Anwendung unzulässigen Drucks, und verletzt es mit beidem das Völkerrecht? Kann und muß die Tschechische Republik sich daran erinnern, wer 1945 "Sieger" und wer "Verlierer" war? Um diese Fragen, die ja selbst vom offiziellen Prag als gegenseitig behandelt werden, kreist in der Tschechischen Republik seit geraumer Zeit eine immer vielschichtiger, immer aufgeregtere Debatte.

Bonn - Warschau ist nicht gleich Bonn - Prag

Ein der tschechischen Situation vergleichbares Bild bietet sich in Polen: Einerseits gibt es im politischen Bereich keine grundsätzlichen Probleme, vielmehr bestehen "gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit"; hinzu kommen deutsche Investitionen und deutsche Hilfe für Polens Weg zu EU und NATO, deutsch-polnische Wissenschaftlertreffen der erstaunlichsten Art (z.B. im Dezember 1994 an der Katholischen Universität Lublin zum Thema "Konrad Adenauer - Das christliche Europa") mit dem nachgerade obligatorischen, in Polen wie in der Tschechischen Republik, zweisprachigen Sammelband der Referate, die grenzüberschreitende Universität "Viadrina" (*1991) in Frankfurt/O., den grenzüberschreitenden Nationalpark "Unteres Odertal", die Euregionen (von N nach S) "Pro Europa Viadrina", "Spree-Neiße-Bober" und "Neiße" und vieles mehr. Dem steht allerdings eine unglaubliche Fülle von kleinen Zwistigkeiten gegenüber, die sich zu einer wachsenden atmosphärischen Eintrübung verdichten: Grenzschikane selbst für polnische Kommunalpolitiker, "Frankfurter Brötchenkrieg" und ähnliches Treiben gegen polnische Billigangebote in Waren und Dienstleistungen, Übergriffe auf deutsche bzw. polnische Reisegruppen an der Grenze, ein deutsch-polnischer krimineller Untergrund (der infolge bürokratischer Hemmnisse nicht effizient grenzübergreifend verfolgt werden kann) u.a.m.

Deutschlands Wiedervereinigung wurde u.a. erst möglich, nachdem die Deutschen eine endgültige Anerkennung der polnisch-deutschen Oder-Neiße-Grenze zusagten, und zwar in dem Wissen darum, daß hinter diesem polnischen Anliegen die Billigung der anderen Verhandlungspartner stand, wie bereits in der Konstruktion der "Zwei-plus-Vier-Verhandlungen" zum Ausdruck kam. Ein Problem von ähnlichem Gewicht war im Verhältnis zu Prag nicht zu bewältigen, aber die von Václav Havel noch im Februar 1992 gegenüber Bundeskanzler Kohl ausgedrückte Hoffnung auf ein exemplarisches Verhältnis Prag - Bonn hat sich bislang noch nicht realisiert. In Prag wurde im Frühsommer 1995 mit Interesse eine Äußerung von SPD-MdB Peter Glotz zur Kenntnis genommen: "Erst wenn wir einen Ausgleich mit den Tschechen und Übereinstimmung mit ihnen finden, ist der Kalte Krieg definitiv zu Ende. Das Verhältnis zu den Polen, das jahrzehntelang so kompliziert war, wurde im Jahre 1990 bereinigt durch die Anerkennung der Grenze an Oder und Neiße - als Preis für die deutsche Einheit. Demgegenüber hat Bonn die Beziehungen zu Prag einschlafen lassen (vztahy s Prahou nechával Bonn spát), sie waren nicht so wichtig".

Mit anderen Worten: Die deutsch-polnische Bilateralität fußt auf einem multilateral bewegenden Problem, dem der friedlichen und von Warschau wie Bonn als endgültig bekundeten Oder-Neiße-Grenze. Als dieses Problem gelöst war, waren sich nicht nur die beiden beteiligten Seiten geradezu in einer "Schicksalsgemeinschaft" nähergekommen - schließlich wissen Polen wie Deutsche, daß diese Grenze letztlich von Stalin diktiert worden ist -, sondern sie haben sich auch der internationalen Staatengemeinschaft aufs beste empfohlen. Solange dieser Grundakkord nachhallt, können Polen und Deutschland im gegenseitigen Umgang keine *großen* Fehler machen. Auf der anderen Seite ist das deutsch-tschechische Verhältnis wirklich "nur" ein bilaterales, auch wenn sich in Prag immer mehr Leute bemühen, es zu multilateraler Signifikanz aufzublähen. Die dabei verwendeten "Argumente" sind außerhalb der Tschechischen Republik nicht nachvollziehbar, weswegen dieses Bemühen auch kaum Beachtung findet. Da nicht einmal die Prager Regierung sich diese Standpunkte zu eigen macht, ist auch hier nichts zu befürchten: Die Lage zwischen Deutschland und seinen direkten slawischen Nachbarn ist so gut wie nie zuvor in der ganzen Geschichte - die "Stimmung" ist hingegen bemerkenswert schlecht. Man stelle sich vor, wie es wäre, wenn es umgekehrt wäre!

Wenn es in Bonn einen Rangunterschied zwischen den jeweiligen Beziehungen zu Warschau bzw. Prag gibt, dann besteht diese Unterscheidung bei den beiden Nachbarländern auch - wobei War-

schau sagt und Prag einsieht, daß die tschechische Seite sich durch ein gewisses Ungeschick gegenüber Deutschland ins Hintertreffen gebracht hat. In dieser Hinsicht steht Polen wohl besser da, zumal es in Deutschland prominente Freunde und Fürsprecher hat - etwa den "Advocatus Poloniae", den amtierenden Bundeskanzler Kohl, der während seines Polen-Besuchs im Juli 1995 einmal mehr deutsche Hilfe für Polens Beitrittswünsche zur EU zusagte, und den "Weltökonom", Ex-Bundeskanzler Helmut Schmidt, der ohne Umschweife erklärte: "Die beste Hilfe für Polen wird dessen rasche Eingliederung in die Europäische Union sein. (...) Die Aufnahme Polens muß schon deshalb rasch erfolgen, um den Polen das Gefühl einer Unterstützung zu geben". Wenn die zwei postkommunistischen Länder Polen und die Tschechische Republik das wirtschaftlich starke, in die westliche Gemeinschaft fest integrierte Deutschland als Nachbarn haben, dann sollte es die natürlichste Sache überhaupt sein, daß sie sich untereinander abstimmen und gemeinsam agieren, wenn sie schon der Meinung sind, daß ihre "europäische" Zukunft von Deutschland mitbeeinflusst wird. Beide Länder sind alte slawische Kulturnationen, mit hoher Zivilisation und guten ökonomischen Perspektiven versehen, im Besitz einer vielversprechenden Infrastruktur etc., also im Grunde für einander bestimmt, aber das aus der Vergangenheit tradierte Konfliktpotential und die wechselseitige Abneigung beider Völker scheinen noch immer so schwer zu wiegen, daß von einer bilateralen Abstimmung im Umgang mit dem deutschen Nachbarn einstweilen so gut wie nichts zu sehen ist. *Anything goes* in Osteuropa, auch das, was lieber nicht "ginge" - nationalistische, radikale, populistische Bewegungen samt ihren Wortführern, ein Wiederaufleben ältester Stereotypen und Vorurteile, eigenartige "Bündnisse" zwischen totalitärem Gedankengut aus roten und braunen Quellen, eine dumpfe Xenophobie, pseudo-wissenschaftliche Theorien wie z.B. die polnischer Konservativer, "daß sich die Deutschen nunmehr unter dem Deckmantel Europas ihre ehemaligen Gebiete zurückerobern wollten". Das alles gibt es, und es nimmt einstweilen noch zu, ist aber im Wesen eher ärgerlich als politisch relevant. Im übrigen werden hier Stereotype ausgetauscht, die auch das tschechisch-polnische Verhältnis belasten: Wie können Warschau und Prag einander wohl näherkommen, wenn die Polen, eigenem Eingeständnis zufolge, überzeugt sind, daß alle Tschechen "Feiglinge" (tchórzy) sind?

Grundsätzlich ist es doch so, daß die westlichen Länder (und Deutschland vor allem) *postnationale Demokratien* sind, die zu *politischen Unionen* zusammenstreben - denen im Osten *praedemokratische Nationalstaaten* gegenüberstehen, die zerbrechen lassen, was längst zusammengewachsen schien (die *Tschechoslowakei* etwa). Osteuropäische Politiker wie der polnische Ex-Außenminister Wladyslaw Bartoszewski wissen das und erwarten, daß die wachsende Nähe zur EU auch diesen systemaren Unterschied einebnet: Was Ex-Diktaturen wie Spanien, Portugal und Griechenland gelungen ist, nämlich durch die EU-Mitgliedschaft gewissermaßen ihre volle demokratische Reife zu erlangen, sollte postkommunistischen Staaten wie Polen und anderen nicht verwehrt werden.

Probleme, so es sie überhaupt gäbe, liegen weder bei den Politikern noch in den politischen Konzeptionen, weil erstere keine Auswahl bei letzteren, die nur die Entscheidung zwischen "richtig" und "falsch" bieten, haben. Und Deutschland ist nicht nur der (direkte) Nachbar, sondern auch der "'natürliche' Partner der postkommunistischen Reformländer und ihr 'innerwestlicher' Anwalt", wie an politischen Aktionen und ökonomischen Investitionen abzulesen ist. Völlig angstfrei sagte der geistvolle Janusz Reiter, als er im September 1995 seinen Posten als polnischer Botschafter in Deutschland verließ: "Polen und Deutschland haben sichere Grenzen, die sie sich wahrhaft nicht selber ausgewählt, die sie aber akzeptiert haben - in dem Wissen, daß sie nur so ihre wechselseitigen Beziehungen neugestalten können". Die Polen in den "ehemaligen deutschen Gebieten" leben sicher und "vielleicht zum ersten Mal in der Nachkriegszeit" in der Gewißheit, "daß ihr Wohnort ein ständiger und kein zeitweiliger ist". Das deutsche Territorium ist zwar "kleiner" geworden, "aber dafür ist die Bundesrepublik Deutschland nur von befreundeten Staaten umgeben". Und: "Die Deutschen leiden weder an Größenwahn, noch an Minderwertigkeitskomplexen. Dieser ausgewogene Zustand gereicht ihnen zum Guten, er hilft auch den Nachbarn". Derart souverän mag man den deutschen Nachbarn in der Tschechischen Republik wohl noch nicht sehen: Bislang überwog eine tschechische Neigung, Deutschland entweder zu idealisieren oder zu dämonisieren - was weder deutschen Realitäten noch tschechischen nationalen Interessen entsprach.

Stereotype sind keine Erfahrungen

Was bleibt für die aktuelle Gegenwart zu erkennen? Als Bundeskanzler Kohl im Februar 1992 Prag besuchte, sagte Václav Havel in einer Ansprache: "Wir können die Geschichte nicht umschreiben. (...) Man kann jedoch die Wahrheit sagen, die verschiedenen historischen Phänomene bei ihrem richtigen Namen nennen, systematisch aus dem sozialen Denken diverse alte Tabus und Vorurteile ausmerzen und so die Atmosphäre eines gegenseitigen Verstehens und wirklichen Vertrauens schaffen".

Wie alt sind diese "Vorurteile"? Im Falle der Tschechen könnte man eventuell auf die gereimte "Dali-mil-Chronik" aus dem 14. Jahrhundert zurückgehen, die speziell im 19. Jahrhundert als Ausdruck von "glühendem Deutschenhaß", ja von "böhmischem Nationalhaß gegen die Deutschen" angesehen wurde. Die früheren Deutschen - die sich vermutlich als "Deutsch-Böhmen" empfanden, wenn sie überhaupt daran gedacht haben sollten, sich national zu deklarieren - waren da souveräner: 1398 erschien der *Dalimil* übersetzt als *Di tutsch kronik von behemlant*.

Es geht hier um *Stereotype*. Den Ausdruck hat der amerikanische Publizist und Soziologe Walter Lippmann 1922 in seinem Buch "Public Opinion" eingeführt, und im Grunde ist die Forschung nicht besonders weit über Lippmann hinausgekommen: Weder kann man "Stereotype" mit letzter Klarheit definieren, noch ihren Ursprung, Inhalt und Effekt empirisch erfassen - sofern man überhaupt adäquate Forschungsmethoden dafür hätte. Vielleicht braucht man das alles auch gar nicht. "Wenn ich meine Vorurteile kennte, hätte ich sie nicht", hat Jurek Becker einmal gesagt, und dieses schöne Diktum umreißt ja schon das Wesen von *Stereotypen*, *Vorurteilen*, *Feindbildern*, *Klischees*, *Bildern im Kopf* (pictures in our heads), *Erwartungen*, *Annahmen*, *Gruppenurteilen* (group judgments), *fixierten Eindrücken* (fixed impressions) und wie das stets gleiche Phänomen sonst noch genannt wird: Immer geht es um zuschreibende Konstrukte an Gruppen, unflexibel gebrauchte und tradierte Generalisierungen, wobei Informationen und Erfahrungen bestenfalls noch in Restbeständen vorhanden sind, dafür aber Wertungen überhand nehmen - zumeist positive bei *Autostereotypen*, überwiegend negative bei *Heterostereotypen*. Allein diese Natur der Stereotype zeigt sie als den Gegenpol von Information und Erfahrung (samt beider korrigierenden Rückwirkungen), denn sie können sich nur behaupten, wenn sie sich jenen verweigern. Das gilt ganz besonders für *interethnische Stereotype*, wie sich ganz gezielt am deutsch-polnischen Verhältnis nachweisen läßt: Dieses ist in jeder Hinsicht um so besser, je eher die deutsche Seite aufhört, von *polnischer Wirtschaft* zu sprechen, und die polnische Seite das Stereotyp vom (deutschen) *Drang nach Osten* (in aller Regel auch noch deutsch verwendet) vergißt.

Stereotype und Vorurteile sind schwer abbaubare Überzeugungen, kein Tatsachenwissen, dazu mit klar erkennbaren Funktionen ausgestattet, die gerade im interethnischen Bereich stattfinden. Diese Funktionen sind bis zur Gegenwart beispielsweise in den Medien beteiligter Länder nachweisbar; wenn sie im folgenden mit polnischen Sprichwörtern über Deutsche illustriert werden, dann könnte jedoch angenommen werden, daß in diesen ein Rest an komprimierter Geschichtserfahrung steckt:

- *Separieren*: Betonung der Nichtzusammengehörigkeit getrennter Gruppen - "Solange die Welt eine Welt ist, waren Deutsche und Pole nie Brüder".

- *Distanzieren*: Maximalen Abstand legen, um nicht frühere schlechte Erfahrungen wiederholen zu müssen - "Ein Deutscher, ein Bier; zwei Deutsche, eine Organisation; drei Deutsche - Krieg".

- *Akzentuieren*: Betonung der Unähnlichkeit der fremden und der eigenen Gruppe, Negation von Ähnlichkeiten - "Man muß nicht jeden Deutschen fürchten, der einen Bart trägt".

- *(D)Evaluieren*: Die auf Distanz gehaltene Gruppe wird durch das aufgebaute Vorurteil abgewertet, bis man ihr im Extremfall jede Daseinsberechtigung abspricht - "Nur ein toter Deutscher ist ein guter Deutscher".

- *Fixieren*: Das Individuum nur als Gruppenmitglied betrachten, um es auf das stereotypisierte Eigenschaftsprofil festzulegen - "Bei den Deutschen kostet jeder Ulk einen Groschen".

Worum geht es? "Die Dämonen der Vergangenheit sind noch weit davon entfernt, ausgetrieben zu sein", schrieb im Februar 1996 der Tscheche Antonin Liehm über das gegenwärtige Verhältnis Bonn - Prag. Der ganze restliche Aufsatz drückte indessen die Verwunderung des Autors aus, warum das so ist: Alle Probleme, die zwischen Prag und Bonn noch bestehen, ranken sich um die Sudetendeutschen - "München" versus "Vertreibung". "Zum Glück für Europa" ist Deutschland mit den Vertriebenen *nicht* so verfahren, wie es die Araber mit den Palästinensern taten: Statt Separierung in Lagern, Marginalisierung und Diskriminierung vollständige Integration in das Nachkriegs-Deutschland und Teilhabe an dessen höherem Lebensstandard, größerer Freiheit und mehr Demokratie "als ihre Ex-Mitbürger, die in der Tschechoslowakei geblieben waren". Trotzdem forderten sie die "Rückkehr" und anderes, wurden in Deutschland auch mancherorten aus wahltaktischen Gründen hofiert, und das alles diente nicht zuletzt den tschechoslowakischen Kommunisten als propagandistischer Vorwand, ihr Land an die Seite der Sowjetunion zu drängen. Nach dem Ende des Kommunismus machte Präsident Havel am 2. Januar 1990 eine "noble aber ungenügend vorbereitete Geste", als er nämlich für den

Deutschen von Tschechen zugefügten Ungerechtigkeiten um Entschuldigung bat. Dadurch bekamen deutsche Scharfmacher neuen Auftrieb, ihre Forderungen mit mehr Nachdruck zu vertreten - was bei tschechischen Radikalen Anschuldigungen an die eigene Regierung auslöste, sie schade nationalen Interessen, gefährde die Sicherheit des Landes etc. "Kurz, das sudetendeutsche Problem vergiftet die politische Atmosphäre". Nur: Was für ein "Problem" ist das eigentlich, wenn andererseits Sudeten-deutsche das Gros derer stellen, die als Touristen oder Investoren nach Prag kommen und in beiden Rollen dafür sorgen, daß das bilaterale Verhältnis so gut wie nie zuvor ist?

Anders erscheinen die Dinge in Polen. Deutsche und Polen streben ein Verhältnis an, das in etwa so gut und stabil wie das zwischen Deutschen und Franzosen sein soll, und "im Prinzip" sind sie auch auf einem guten Wege dahin. Die beabsichtigte und mit jedem Tag mehr realisierte gute Nachbarschaft kontrastiert indessen mit der nachbarschaftlichen Vergangenheit, die in dreifacher Weise präsent ist. Zum einen ist da die an Konflikten reiche Geschichte, wobei es für Polen letztlich keine Rolle spielt, ob Deutschland diese Konflikte allein verursacht hat oder etwa in der "Entente cordiale der drei schwarzen Adler" - Rußland, Österreich und Preußen -, die 1772, 1792 und 1795 zu den Teilungen Polens und dessen Verschwinden von der europäischen Landkarte führte. Bestimmend ist in polnischer nationalhistorischer Sicht, daß zumeist Deutschland mitbeteiligt war, wenn Polen Übles widerfuhr: Vom frühen 18. bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts bestand jene deutsche "negative Polenpolitik", die sich ein preußisch dominiertes, mit Rußland verbündetes Deutschland nur unter der Voraussetzung eines geteilten Polen vorstellen konnte. Weil das so war (und gerade im 20. Jahrhundert eskalierte), ist die Gleichsetzung des deutsch-französischen mit dem deutsch-polnischen Verhältnis mit Blick auf jüngere Entwicklungen nur sehr bedingt möglich. Zum zweiten ist da die in Schulen, Universitäten, Literatur, Medien etc. vermittelte Geschichte, speziell in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg, die ein US-Autor auf die Formel brachte, daß "the ten centuries of Polish-German relations were full of life-and-death struggles". Und zum dritten sind es die bei Polen und Deutschen immer noch vorhandenen, mitunter sogar verstärkten Stereotype, Klischees und Vorurteile vom jeweils anderen.

"Ethnische Klischees" (befand 1994 Wojciech Wrzesinski) sind zwar Ergebnisse von "langjährigen Kommunikationsprozessen", aber dennoch "Realitätsverzerrungen" - die Kommunikation findet innerhalb derselben Gesellschaft statt und verzerrt die Realität der anderen Gesellschaft - und spiegeln "die Temperatur des emotionalen Zustands zwischen den jeweiligen Nationen" wider. Das Stereotyp (Klischee, Vorurteil) ist sozusagen geronnene historische Erfahrung, die in ihm verallgemeinert und bewertet wird - beides in aller Regel in einem verfälschenden Sinne, der aber die Stereotype schrecklich leicht abrufbar und darum schwer veränderbar macht. Anders gesagt: Stereotype wurzeln in bestimmten "beziehungsgeschichtlichen" (K. Zernack) Zusammenhängen, verdichten diese "zur Festigung nationalistischer Verhaltensweisen, Phobien und Vorurteile und seltener zur Festigung der Idee der Annäherung und der Sympathie" (W. Wrzesinski) und erschweren somit die Bildung eines neuen beziehungsgeschichtlichen Rahmens.

Als 1976 der damalige polnische Parteichef Edward Gierek zu Besuch in Deutschland war, hatte er ein nachhaltiges Erlebnis, das er auf einer Pressekonferenz mit Anerkennung würdigte: "Was uns neben den Verhandlungen am stärksten im Herzen und Gedächtnis blieb, war die Einstellung der überwiegenden Mehrheit der Deutschen zu uns, den Repräsentanten des polnischen Volkes. Für diese Zeichen der Sympathie und Freundschaft möchte ich den Deutschen meinen herzlichen Dank sagen".

Was mochte der Pole Gierek in Deutschland wohl an allgemeinen Reaktionen *erwartet* haben? In jedem Falle ist eine gewisse Verblüffung spürbar. Die Deutschen waren nicht so, wie es das alte polnische Sprichwort besagte: "Seit die Welt eine Welt ist, war (wird) der Deutsche dem Polen nie ein Bruder" (Jak swiat swiatem, nigdy Niemiec nie byl /bedzie/ Polakowi bratem). Und die Deutschen selber sahen in Gierek wohl einen akzeptablen "Macher", der endlich mit der "polnischen Wirtschaft" aufräumen würde. So lassen sich die zwei ältesten interethnischen Stereotype zwischen Polen und Deutschen in einen hypothetischen Zusammenhang bringen, der immer noch "trägt", selbst wenn mit dem deutschen Bild der "polnischen Autodiebe" inzwischen ein neues Stereotyp hinzugekommen ist, das alle Aussichten hat, ein *Evergreen* wie seine älteren Vorläufer zu werden.

Kriegsende mit Nachhall

Die deutsche "negative Polenpolitik" früherer Zeiten wurde nach 1945 für lange Jahre von einer polnischen "negativen Deutschlandpolitik" abgelöst. "Deutschland" und "Deutsche" wurden mehr oder minder undifferenziert mit "Hitler" gleichgesetzt - Hitler erschien als nachhaltigster Ausdruck einer

"deutschen Krankheit", die sich ihrerseits in einer historisch eskalierenden "Todfeindschaft" gegen Polen manifestierte. "Die Welt teilt sich in Menschen und Deutsche", schrieb 1945 eine polnische Zeitung und stand damit nicht allein. Noch im Frühjahr 1949 veröffentlichte der Dramatiker Leon Kruczkowski (1900 - 1962) in einer Zeitschrift den ersten Akt eines Dramas "Deutsche sind Menschen" (Niemcy są ludźmi), das er nach Fertigstellung in "Niemcy" (Deutsche) umbenennen mußte, weil der ursprüngliche Titel einfach nicht zu dem "eher diabolischen als realistischen Bild" der Deutschen im damaligen Polen paßte.

In den Regionen, die nach Kriegsende Polen zugeschlagen wurden, lebten noch ca. 4 Millionen Deutsche; rund 70 Prozent der ursprünglichen Bevölkerung waren geflohen und siedelten nun in grenznahen deutschen Gebieten (im Mai 1948 machten diese Flüchtlinge 43,6% der Bevölkerung in Mecklenburg, 24,4% in Brandenburg und 17,2% in Sachsen aus), um bei der erwarteten baldigen Rückkehr einen kurzen Weg zu haben. Das polnische Gegenstück zu dieser Mentalität war die "Koffer-Psychologie" (psychologia walizki) - das Gefühl der in den polnischen "wiedergewonnenen Gebieten" angesiedelten Polen, hier keine dauernde Heimstatt zu haben -, die erst Ende der 50er Jahre verschwand. Daran änderte auch die Tatsache nichts, daß ab Dezember 1945 die "Aktion Schwalbe" (Akcja Jaskółka) anlief, in deren Verlauf ca. 3,2 Millionen Deutsche ausgesiedelt wurden.

Aber die Polen wären nicht sie selber gewesen, hätte es in der ersten Nachkriegszeit aus ihrer Mitte nicht auch kräftige Kontrapunktierungen zur offiziellen (und fast allgemein mitgetragenen) "antyniemieckosc" (Deutschenfeindlichkeit) gegeben: Leon Kruczkowski erkannte 1949 in der polnischen Nachkriegs-Literatur einen "zoologischen Blick auf die Deutschen, einen eigenartigen (swoisty) Rassismus"; der Soziologe Stanislaw Ossowski (1897 - 1963) erblickte in dieser Politik eine "Vervielfältigung Hitler'scher Denkschemen"; und der Publizist Edmund Osmanczyk (1913 - 1989) meinte schon 1946, daß *gute* deutsche Eigenschaften gut bleiben, auch wenn sie "für verbrecherische Ziele ausgenutzt wurden", aber "der Kultur der Arbeit hat den Hitler-Kult überlebt". Edmund Osmanczyk hat darüber hinaus 1946 eine "Regel" aufgestellt, für die ihm Deutsche *und* Polen nachträglich ein Denkmal setzen sollten: Zwei Bedingungen (sagte er sinngemäß) müssen erfüllt sein, damit Deutschland "für uns" (Polen) keine Bedrohung mehr darstellt. Erstens muß die Oder-Neiße-Grenze anerkannt werden. Zweitens "müssen sich die Polen in der Rechtsstaatlichkeit, in der inneren Arbeit an sich selber und in der Disziplin so stark wie die Deutschen erweisen". Das ist ein Satz! Im Grunde bedeutet er nichts anderes, als daß Deutschland eben *keine* Bedrohung für Polen mehr ist - egal ob sich die Polen in ihren Eigenschaften den Deutschen angleichen oder nicht. Oder wie sonst soll man Edmund Osmanczyk von 1946 verstehen (nachdem seine *erste* Bedingung von Deutschland erfüllt wurde)?

Ähnliches spielte sich in der Tschechoslowakei ab, die von Hitler 1939 in die "souveräne" Slowakei und das deutsche "Protektorat Böhmen und Mähren" zerschlagen wurde. Es hat nach dem Attentat auf "Reichsprotektor" Reinhard Heydrich (27. Mai 1942) schrecklichste Verfolgungen von Tschechen, u.a. die völlige Zerstörung des Ortes Lidice (bei Kladno), gegeben, die aber insgesamt nicht sonderlich ins Gewicht fielen: Verglichen mit Polen, Jugoslawien etc. hatte die Tschechoslowakei im Zweiten Weltkrieg nur geringfügigste Verluste an Kapazitäten und Population. Tschechischen Widerstand gegen die Deutschen hatte es kaum gegeben, dafür aber eine massenhafte Kollaboration mit den Deutschen, was alles dazu führte, "daß das Protektorat - praktisch bis zum Attentat auf Heydrich - vielleicht der ruhigste Ort im okkupierten Europa war: ohne soziale Probleme, Streiks, Partisanen". Das aber löste bei Kriegsende überkompensierende Hektik aus, die nach Ansicht des Romanciers Pavel Kohout mitunter psychopathologische Züge annahm: 1995 beschrieb er in seinem Roman "Hvezdná hodina vrahu" (Sternstunde der Mörder) einen sadistischen Psychopathen, dessen Morde plötzlich einen "patriotischen" Anschein bekommen, weil sie "in Momenten historischer Explosionen", eben bei Kriegsende, geschehen. Um den Verdacht nationsweiten "Abfindens" mit Hitler möglichst nicht aufkommen zu lassen, startete man den im Grunde überflüssigen "Prager Aufstand" (den die Kommunisten nutzten, um der Sowjetarmee die Ankunft in Prag vor den bereits bei Pilsen stehenden US-Truppen zu sichern) und begann augenblicklich mit "wildem" Vertreibungen von Deutschen. Dabei ist es zweifellos zu brutalen Übergriffen gekommen, die später von interessierter deutscher Seite fast schon mit Genugtuung aufgenommen und propagandistisch zur Exkulpierung früherer deutscher Untaten genutzt wurden.

Nicht die Vertreibung selber ist das eigentliche Schreckliche. Wäre sie, wie vom Potsdamer Abkommen vorgeschrieben, als "orderly transfer of German population" abgelaufen, dann hätte sie mit größter Wahrscheinlichkeit die längst angelaufene Fluchtwelle der Deutschen aus dem Osten fortgesetzt: Die kriegszerstörten, von Sowjets besetzten und von Kommunisten (mit)beherrschten Länder Osteuropas wären per geordneter Aussiedlung, ohne begleitende Brutalitäten und Haßpropaganda, von

Deutschen "ethnisch gesäubert" worden. Der politisch angestrebte und diplomatisch lange vorbereitete Effekt wäre derselbe gewesen, die die Beziehungen belastenden Folgen wären ausgeblieben: Kein Deutscher hätte ein fiktives "Heimatrecht" o.ä. proklamieren können - die Tschechen müßten nicht erst heute erkennen, daß sie 1945/46 mit vielen Deutschen so wie die Deutschen mit den Juden nach der "Reichskristallnacht" von 1939 verfahren sind. Und ein wechselseitiges Gezänk, wie es 1995/96 einmal mehr auf der Tagesordnung steht (und in dieser Darstellung beschrieben wurde), wäre nicht möglich. Es ist ja großen Teils auch nur darum möglich, weil hier oft mit neuen Stereotypen umgegangen wird.

Heute kann man, aus der Distanz eines halben Jahrhunderts, sagen, daß die Vertreibungen schlichtweg überflüssig gewesen waren. Der von ihnen erhoffte Effekt - Stärkung nationaler Kohäsion, Legitimierung der kommunistischen Herrschaft, Binnenkolonisation ehemals deutscher Gebiete - stellte sich nur verspätet und lückenhaft ein. Die Art der Vertreibung hinterließ Flecken im Bewußtsein von Polen und Tschechen und auf dem Prestige ihrer Länder. Und die Vertreibungen haben zumindest der Tschechoslowakei schwerste nationale Schäden zugefügt: Hätte die Tschechoslowakei 1993 noch rund eine Million Deutsche gehabt (sagte der heutige tschechische Kulturminister Pavel Tigrid damals dem Verfasser), dann hätte sie eine Kulturbalance zu den Slowaken besessen und damit gewiß ihr Auseinanderbrechen verhindert.

Stereotype und Selbstkritik

Gegenwärtig sehen sich Polen und Tschechen, deren Länder nach 1945 von Deutschen "ethnisch gesäubert" wurden, einem Dilemma besonderer Art gegenüber: Sie stellen fest, daß ihre bewußten oder unbewußten Ressentiments gegen Deutsche in "Europa" nicht nur *nicht* geteilt werden, sondern daß sie selber bei weitem nicht so geschätzt werden, wie sie selber denken und wünschen. Speziell die Polen mußten, nachdem sie sich in England, Skandinavien und anderswo umgehört hatten, die bittere Selbsterkenntnis ziehen: "Als Nation schlagen wir die Rekorde an Unpopularität" (bijemy jako nacja rekordy niepopularnosci). Und weiter stellten Polen fest, daß ihre Abneigung gegen Deutsche auch auf einem "Minderwertigkeitskomplex" (kompleks nizszosci), gegen Russen aber auf einem Gefühl der "Überlegenheit" (wyzszosc) beruhen. Diese Empfindungen beeinflussten wiederum die gesamte Weltsicht der Polen: "Durch den Primat Deutschlands spürten wir Abneigung gegen Europa und kehrten die polnische Besonderheit heraus; durch den Primat Rußlands fühlten wir uns als Europäer und grenzten uns von Asien ab". Natürlich gibt es auch unter Deutschen ähnliche Empfindungen; nach einer EMNID-Umfrage vom Frühjahr 1995 glauben 87 Prozent der Deutschen, daß Polen "schlechter als sie" seien, womit sich die Polen noch vor Türken (74%) und Russen (63%) plazierten. Aber solche Meinungen sind vielleicht doch nicht repräsentativ, ganz gewiß aber nicht politikrelevant - sagt der polnische Dichter Andrzej Szczypiorski: "In den letzten Jahren tauchten - vor allem in Norddeutschland - organisierte polnische Verbrecherbanden auf, die die Meinung über uns verderben. In deutschen Massenmedien erfreuen wir uns hingegen einer vortrefflichen Einschätzung, man könnte sagen: einer ungerechtfertigt guten, die wir nicht verdienen. Es gibt keinen seriösen deutschen Politiker, der ein ablehnendes Verhältnis zu Polen und den Polen hätte". "Die Polen", resümierte der Pole Stanislaw Janicki, der über diese Probleme einen ausführlichen Report veröffentlichte, "sind in vielen Ländern darum nicht beliebt, weil sie sich selber nicht lieben. (...) Polen betrachten sich selber als notorische Betrüger, Schacherer und Säufer. Das hindert sie jedoch nicht daran zu behaupten, daß sie das dynamischste, unternehmerischste und intelligenteste Volk in Mitteleuropa seien".

Ausblick

Wie gesagt, die Lage ist gut, die Stimmung ist schlecht - aber schlechte Stimmungen vergehen. Und sie vergehen um so schneller, je rascher sich die Verhältnisse östlich der immer noch bestehenden "Wohlstandsgrenze" bessern, und je besser und gründlicher die Ursachen der schlechten Stimmungen analysiert werden. In dieser Hinsicht sind unsere slawischen Nachbarn im Osten von bemerkenswerter, dankenswerter Souveränität, die optimistisch in die gemeinsame Zukunft blicken läßt. Gerade der sozialwissenschaftliche Gleichklang bei der Erforschung alter und neuer Stereotype ist geeignet, noch bestehende Barrieren abzubauen.

Im interethnischen Bereich sind Stereotype besonders zählebig, zumal sie im konkreten Falle Deutschlands und seiner slawischen Nachbarn Ausgangs- und mentale Schlußpunkte "negativer" Politiken sind: Deutschlands "negative Polen-Politik" ließ das Land mehrfach von der Landkarte verschwinden - die "negative Deutschland-Politik" Polens und der Tschechoslowakei führte bei Ende des

Zweiten Weltkriegs zu Massenvertreibungen, was gegenwärtig in politischen Streßmomenten wieder störend auftaucht.

Ein kurzer Blick in die jüngere bilaterale Beziehungsgeschichte zeigt, daß Stereotype zwar langfristig beständig, situativ aber variabel verwertbar sind: Mit "deutscher Ordnung" kann man sowohl ein "Wirtschaftswunder" erreichen, als auch ein KZ funktionsfähig halten - und es hängt vom gesamten Beziehungsrahmen ab, welches der beiden Konstrukte das Bild von den Deutschen bei ihren Nachbarn bestimmt.

Unter deutschen, tschechischen und polnischen Sozialwissenschaftlern herrscht weitgehende Einigkeit über Natur, Rolle und Wirkung von Stereotypen im interethnischen Bereich. Im Schrifttum der drei Länder bricht sich auch die Neigung Bahn, diejenigen Stimmen aus der Vergangenheit in die Gegenwart zu holen, die schon zu ihrer Zeit vor den Folgen einer übermäßigen Emotionalisierung der politischen Beziehungen warnten.

Autostereotype stärken, da sie durchweg positiv ausfallen, die eigene Identität. Heterostereotype der eigenen Gruppe können selbstkritische Reflexionen einleiten - wie gerade gegenwärtig in Polen souverän vorgemacht wird: Man registriert, wie Polen in vielen Ländern angesehen sind, und schließt daraus auf polnische Normendefizite im Umgang mit anderen.

Theoretischer Einklang und Bereitschaft zur selbstkritischen Prüfung sind zwei Grundvoraussetzungen, die wechselseitigen Stereotype kognitiv zu relativieren. Politische und wirtschaftliche Veränderungen im Grenzgebiet sind darüber hinaus ein Beitrag, sie im praktischen Miteinander immer mehr zurückzudrängen: Was sich an den deutschen Ostgrenzen in dieser Hinsicht tut, ist wegen fortbestehender Unterschiede, vor allem infolge des enormen Wohlstandsgefälles, zwar noch nicht das Optimum nachbarschaftlichen Umgangs, wohl aber ein guter Schritt in der richtigen Richtung.

Das gilt besonders für die "Euregiones", die als Teil westlicher "Heranführungsstrategie" für die osteuropäischen Länder zur EU und als "Trainingscamp" für grenzüberschreitend praktizierte gute Nachbarschaft ihren Wert seit Jahren erweisen.

Wolf Oschlies

Der Autor

Wolf Oschlies wurde 1941 in Königsberg/Pr. geboren. Er studierte Slawistik, Philosophie und Erziehungswissenschaften in Hamburg, Promotion. Seit 1968 arbeitet Wolf Oschlies am Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien in Köln, 1977 Habilitation an der Justus-Liebig-Universität Gießen.

Erschienen in:

VIA REGIA – *Blätter für internationale kulturelle Kommunikation* Heft 34/35 1996,
herausgegeben vom Europäischen Kultur- und Informationszentrum in Thüringen

Weiterverwendung nur nach ausdrücklicher Genehmigung des Herausgebers

Zur Homepage VIA REGIA: <http://www.via-regia.org>